

NACHHALTIGE ARBEITSPLÄTZE, EINKOMMENSICHERHEIT UND SOZIALSCHUTZ

Regierungen und internationale Institutionen haben versagt.

Die globale Wirtschaft ist heute nicht stabiler als vor sieben Jahren. Das derzeitige Kapitalismusmodell ist nicht imstande, für nachhaltige Arbeitsplätze, Einkommenssicherheit und Sozialschutz zu sorgen.

Trotz der zunehmenden Zerstörung infolge von Klimakatastrophen und eines Temperaturanstiegs von bis zu vier Prozent bis zur Jahrhundertwende fehlt es am politischen Mut, etwas für den Klimaschutz zu tun.

Im formellen Sektor sind nach wie vor rund 200 Millionen Menschen arbeitslos, und unzähligen jungen Menschen wird durch die hohe Jugendarbeitslosigkeit die Würde einer Arbeit vorenthalten. Vierzig Prozent der Welterwerbsbevölkerung sind gezwungen, im informellen Sektor verzweifelt ums Überleben zu kämpfen, und deshalb muss es prioritär um Arbeitsplätze, Arbeitsplätze und noch mal Arbeitsplätze und menschenwürdige Arbeit für alle gehen.

Die Ungleichheit nimmt in nahezu allen Ländern zu, und der Anteil der Löhne am Volkseinkommen gehört mit zu den niedrigsten, die es je gegeben hat. 78% der Menschen geben an, dass ihre Löhne nicht mit den Lebenshaltungskosten Schritt halten können oder stagnieren. (IGB-Umfrage)

Denjenigen, die kein Geld haben, wird der Zugang zum öffentlichen Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrswesen und zu öffentlichen Dienstleistungen generell zunehmend verweigert. Steuerhinterziehung ist allgemein verbreitet.

Die Millenniums-Entwicklungsziele der UN sind nicht erreicht worden, und die Staaten streiten sich über die globalen Nachhaltigkeitsziele für die Zeit nach 2015.

Nachhaltige Arbeitsplätze, Einkommenssicherheit und Sozialschutz bilden das Fundament einer gerechten Wirtschaft.

Aus der weitweiten Umfrage des IGB geht die überwältigende Befürwortung eines sozialen Basisschutzes hervor.

Mehr als 92% erwarten von ihrer Regierung einen erschwinglichen Zugang zur Gesundheitsversorgung, Bildung und Kinderbetreuung. 96% befürworten eine menschenwürdige Altersversorgung, und 88% sind für Leistungen im Falle von Arbeitslosigkeit.

Die Menschen bezweifeln nach wie vor, ob die derzeitigen Arbeitsgesetze für angemessene Arbeitsplatzsicherheit (63%) und faire Löhne (65%) sorgen können.

- Das globale Wachstum wird mit 3,1% veranschlagt, wobei der IWF seine Prognose seit 2011 bereits sechs Mal nach unten korrigiert hat.
- Offiziellen Zahlen zufolge sind rund 200 Millionen Menschen arbeitslos, wobei die Jugendarbeitslosigkeit in einigen Ländern bis zu 60% beträgt.
- Der Anteil des informellen Sektors an der Weltwirtschaft beträgt 40% und wird immer größer.
- Mehr als 50% der Beschäftigten im formellen Sektor gehen einer ungeschützten oder atypischen Beschäftigung nach.
- Die Ungleichheit der Markteinkommen hat stärker und schneller zugenommen denn je. Zwischen 2008 und 2010 war die Zunahme so groß wie in den zwölf Jahren vor der Krise.
- Zwischen 1990 und 2009 ist der Lohnanteil in 26 von 30 Industrieländern zurückgegangen, im Durchschnitt um 4,4 Prozentpunkte.
- 1,2 Milliarden Menschen leben in extremer Armut und müssen mit weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag auskommen.
- 75% der Menschen verfügen über keinen angemessenen Sozialschutz.
- Frauen stellen 50% der Bevölkerung, aber nur 30% der Erwerbsbevölkerung.
- 168 Millionen Kinderarbeiter/innen gehen nicht zur Schule.
- Es kommt immer häufiger zu Klimakatastrophen, und wenn nichts unternommen wird, wird der Temperaturanstieg bei über vier Grad liegen.
- Eine Milliarde Menschen haben keinen Zugang zu einer adäquaten Trinkwasserversorgung, und 2,6 Milliarden fehlt es an angemessenen sanitären Einrichtungen.
- In etwa 37 Ländern hat sich die Sterblichkeitsrate in den letzten drei Jahrzehnten erhöht.

VORRANGIGE THEMEN

Arbeitsplätze, Arbeitsplätze, Arbeitsplätze

Der IGB hat Investitionen in Höhe von einer Billion in die Infrastruktur, die Ausweitung der Ausbildungsangebote und Interventionen zur Formalisierung der Arbeit im informellen Sektor gefordert.

http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/I20_priority_recommendations_for_the_g20_leaders_meeting.pdf

Der EGB hat einen 'Sanierungsplan' für Europa gefordert.

<http://www.etuc>

Es gibt Millionen Arbeitsplätze in der grünen Wirtschaft

http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/ituc_green_jobs_summary_en_final.pdf

und Millionen mehr in der Pflegewirtschaft.

Fred van Leeuwen – Generalsekretär der Bildungsinternationale: "Insgesamt müssten bis 2015 6,8 Millionen Lehrkräfte eingestellt werden, damit alle Kinder im Grundschulalter das Recht auf Bildung wahrnehmen können."

Armut und Ungleichheit

Der IGB und seine Mitgliedsorganisationen wollen, dass alle Menschen grundsätzlich Anspruch auf einen existenzsichernden Mindestlohn und sozialen Basisschutz haben.



Rosa Pavanelli – IÖD-Generalsekretärin: "Die Kräfte, die gegen die einfachen Menschen zu Werke gehen, sind rücksichtslos und mächtig. Sie werden angetrieben von Eigeninteressen und unersättlicher Habgier. Frauen, junge Menschen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien zahlen angesichts der rapide ansteigenden Arbeitslosigkeit und der Einschnitte bei unerlässlichen öffentlichen Dienstleistungen den Preis dafür."



Michael Sommer, DGB-Vorsitzender und IGB-Präsident „Wir brauchen den Mindestlohn. Den wollen inzwischen alle, aber einige wollen ihn wirklich“.

Die auf eine Normensetzung abzielende Aussprache bei der IAO im Jahr 2014 über die 'Formalisierung des informellen Sektors' ist wichtig, um diesen Millionen Beschäftigten Gerechtigkeit zu verschaffen.



"Wir organisieren die Beschäftigten im informellen Sektor, weil wir überzeugt davon sind, dass wir mehr sein müssen als nur eine Gewerkschaft. Wir müssen eine große soziale Bewegung erwerbstätiger Menschen sein." Francisca Jiménez von der CASC (Dominikanische Republik). Die CASC hat die Mutual de Servicios Solidarios – AMUSSOL – ins Leben gerufen, um 7000 Beschäftigten in der informellen Wirtschaft (Hausangestellten, selbstständigen Busfahrern, Hilfskräften und FrisörInnen,) die Möglichkeit zu geben, der Kranken- und Rentenversicherung beizutreten.

Los 'Objetivos de Desarrollo Sostenible' de la ONU Post-2015 deben incluir 'pleno empleo' y Die 'Post-2015-Nachhaltigkeitsziele der UN' müssen 'Vollbeschäftigung', 'menschenwürdige Arbeit' und 'sozialen Basisschutz' beinhalten.

<http://www.ituc-csi.org/leave-no-one-behind-the-agenda-of>

Der öffentliche Dienst ist eine bedeutende Komponente des 'sozialen Basisschutzes', eine Grundlage für die Würde unserer Gemeinschaften und eine wichtige Quelle 'menschenwürdiger Arbeitsplätze'.

<http://www.ituc-csi.org/trade-in-services-agreement-risks>

Spekulation und Steuerhinterziehung sind grundlegende Elemente der Korruption in der globalen Wirtschaft. Mit 25 Billionen Dollar an Arbeitnehmerkapital in der globalen Wirtschaft verlangen wir ein neues Investitionsmodell. Eine Finanztransaktionssteuer, das Ende der Steuerhinterziehung und ein Ordnungsrahmen für langfristige Investitionen sind unerlässliche Komponenten eines neuen Wirtschaftsmodells.

http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/ituc_economicoutlook_final.pdf

Die Mitgliedsorganisationen und die GUFs verfügen über wissenschaftliche Papiere und Kampagnenmaterial zu diesen wirtschafts- und sozialpolitischen Themen: Ungleichheit, Mindestlohn, Lohnanteil, Sozialschutz, Finanzmarktregulierung, MDGs, Post-2015-Ziele, Klimaschutz und u.v.a.m.! Bitte schickt uns diese zu, damit wir sie auf der Kongress-Internetseite www.ituc.org/Congress einstellen können.

AKTIONSPUNKTE

Eine nachhaltige Zukunft erfordert ein neues Wirtschaftsmodell, basierend auf qualitativ hochwertigen Untersuchungen und Analysen. Im Mittelpunkt steht dabei unser Engagement für:

Vollbeschäftigung

- Lobbyarbeit zugunsten innerstaatlicher Beschäftigungsziele
- Kampagnen für zielgerichtete Investitionen in die Infrastruktur, die grüne Wirtschaft, die Pflegewirtschaft und hochwertige Ausbildungsplätze

Tarifverhandlungen, Mindestlöhne und sozialen Basisschutz

- Organisationsarbeit zur Abwehr sämtlicher Angriffe auf die Tarifverhandlungen, ob von Arbeitgebern, Regierungen, IWF oder anderen internationalen Institutionen
- Globale Solidarität für Gewerkschaften, die für den Erhalt und die Ausweitung der Tarifverhandlungen kämpfen
- Unterstützung von GUF-Kampagnen für globale Rahmenabkommen
- Anvisierung bestimmter Länder und Organisation der Beschäftigten für eine groß angelegte Mindestlohn- und Sozialschutz-Kampagne
- Anvisierung ausbeuterischer Lieferketten

Klimaschutz

- Mobilisierung auf nationaler Ebene für ein ehrgeiziges globales Abkommen im Jahr 2015

Post-2015-Nachhaltigkeitsziele der UN

- Gewährleistung, dass alle Regierungen 'Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit' sowie 'sozialen Basisschutz' als UN-Ziele festlegen

Ein neues Investitionsmodell

- Investition des Arbeitnehmerkapitals in die Realwirtschaft und keine Spekulation
- Kampagne für Rechte und Umweltnormen als Vorbedingungen für Arbeitnehmerkapital-Investitionen und Handelsabkommen